

„Wählen
statt hoffen:
Sozialstaat
verteidigen!“



Eine Sozialpolitik, die alle mitnimmt.

**Am 14. März 2021 sind Landtags-
wahlen in Baden-Württemberg.
Unsere Forderungen für einen
gerechten Sozialstaat im Überblick.**

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG





Gesundheit in Baden-Württemberg

Gute medizinische und bedarfsgerechte Versorgung.

Eine bedarfsgerechte gute medizinische und pflegerische Versorgung ist für zu behandelnde Personen unerlässlich. **Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert:**

- ▶ vom Land Baden-Württemberg den bedarfsgerechten Ausbau der Integrierten Versorgung in der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Dabei müssen alle regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Bei der integrierten Versorgung werden die zu behandelnden Personen qualitätsgesichert und in sektorenübergreifend beziehungsweise fachübergreifend vernetzten Strukturen versorgt. Ärzte, Fachärzte, Krankenhäuser, Vorsorge- und Reha-Kliniken sowie andere zur Versorgung der Versicherten berechnete Leistungserbringer können kooperieren und sorgen für den notwendigen Wissensaustausch. Nach der geltenden Rechtslage wäre dies alles bereits möglich.

- ▶ die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass alle gesetzlich Versicherten einen Anspruch auf Teilnahme an Hausarzt- und Facharztverträgen in Baden-Württemberg haben.

In Baden-Württemberg gibt es die Hausarztzentrier-

te Versorgung und die Versorgung im Rahmen der Facharztverträge. Langzeitanalysen zeigen, dass vor allem Diabetiker und Herzpatienten von dieser Versorgungsform profitieren. Nun muss dafür gesorgt werden, dass alle gesetzlich Versicherten davon profitieren.

- ▶ die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel dauerhaft auf 7 Prozent gesenkt wird.

Selbst ärmere Staaten als Deutschland erheben eine geringere oder gar keine Mehrwertsteuer.



- ▶ **die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln zu zahlen sind.**

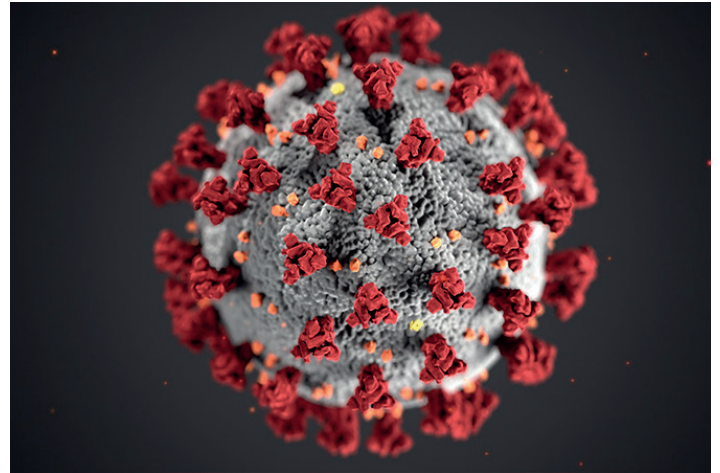
Denn die Haushaltshilfe oder das Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und deshalb vollständig aus Steuermitteln zu bezahlen.

- ▶ **die Landesregierung auf, einen unabhängigen, hauptamtlichen Landes-Patienten- und Pflegebeauftragten zu bestellen.**

Die demografische Entwicklung macht es notwendig, sich mit den komplexen und vielschichtigen Themen der Patienten und der Pflege in Baden-Württemberg verstärkt auseinanderzusetzen. Patienten- und Pflegebeauftragte sind bereits in vielen Bundesländern und auf Bundesebene feste Institutionen und haben sich etabliert, um die Rechte der Patienten und Pflegebedürftigen zu vertreten.

- ▶ **die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die private Krankenversicherung an den Kosten der Corona-Pandemie sachgerecht beteiligt wird.**

Momentan werden die Kosten der Corona-Pandemie, wie z. B. der Ausbau der Intensivbetten oder



Testungen, fast ausschließlich von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Gesetzlich Krankenversicherte tragen diese Kosten alleine und sind gegenüber privat Krankenversicherten doppelt belastet, da sich gesetzlich Krankenversicherte auch noch über ihre Steuerlast an den Kosten zu beteiligen haben. Dies ist im höchsten Maße unsolidarisch.

- ▶ **den Ausbau digitaler Angebote in der medizinischen und pflegerischen Versorgung.**

Dabei müssen die digitalen Angebote insbesondere auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt werden. Vor allem muss auch weiterhin das Recht auf persönliche ärztliche Untersuchung gewährleistet werden.





Pflege in Baden-Württemberg

Unterstützung pflegebedürftiger Heimbewohner.

Pflege muss würdevoll, selbstbestimmt sein und darf nicht arm machen! Steigende Kosten der Pflege überfordern immer mehr pflegebedürftige Heimbewohner. Mehr als 27.000 Menschen sind deshalb in Baden-Württemberg auf Hilfe zur Pflege und damit auf Sozialhilfe angewiesen.

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert:

- ▶ **in einem ersten Schritt die Entlastung pflegebedürftiger Heimbewohner, indem das Land Baden-Württemberg wieder in die Förderung der Investitionskosten einsteigt, wie dies bis 2010 der Fall war.**

Der Eigenanteil an den Kosten der reinen Pflegeleistung, die Unterkunfts-, Verpflegungs-, die Investitionskosten und die Ausbildungsumlage liegen in Pflegeheimen in Baden-Württemberg derzeit bei rund 2.461 Euro pro Monat – und steigen weiter. Die Förderung der Investitionskosten könnte den einzelnen Heimbewohner um bis zu 240 Euro pro Monat entlasten.

- ▶ **in einem zweiten Schritt den Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für den Ausbau der Pflegeversicherung zur Vollversicherung.**

Immer mehr pflegebedürftige Heimbewohner sind nicht mehr in der Lage, ihre Pflege selbst zu bezah-



len. Grund dafür sind die pauschalierten Pflegeleistungen, die nicht dynamisiert sind, sowie die steigenden Kosten von Unterkunft und Verpflegung, der Investitionskosten und der Ausbildungsumlage.

- ▶ **von allen politischen Akteuren den Einsatz für eine Renditeobergrenze in der stationären Pflege.**

Gute Renditemöglichkeiten ziehen immer Investorengruppen an, die auch Gewinnmaximierung anstreben. Dies geht zulasten pflegebedürftiger Heimbewohner.

- ▶ **von der Landesregierung Baden-Württemberg die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege“.**

Im Januar 2016 veröffentlichte die Enquetekommission ihren Bericht mit 600 Handlungsempfehlungen. Nur 30 Prozent der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege“ wurden zwischenzeitlich umgesetzt, obwohl es einen wesentlichen Handlungsbedarf gibt.

- ▶ **die Erhöhung der Anzahl der Pflegestützpunkte und deren personelle Ausstattung in Baden-Württemberg entsprechend der Maßgabe, pro 20.000 Einwohner einen Pflegestützpunkt zu schaffen.**

Das Beratungsangebot muss zukünftig die Wohnraumanpassung und die Beratung zu Alltagsunterstützenden Techniken umfassen. Pflegebedürftige

Menschen können damit in die Lage versetzt werden, möglichst lange selbstbestimmt in ihrer eigenen Häuslichkeit bleiben zu können.

- ▶ **Solidarität in der Pflegeversicherung, in die alle einbezahlen. Solange diese nicht realisiert ist, einen Finanzausgleich der privaten Pflegeversicherung.**

Die private Pflegepflichtversicherung konnte trotz inhaltlich gleichem Leistungsangebot hohe Rücklagen von über 36 Milliarden Euro anhäufen. So verdienen privat Versicherte im Durchschnitt mehr, sind gesünder und weniger pflegebedürftig im Alter. Privat Pflegeversicherte entziehen sich damit der gesetzlichen Sozialversicherung.

**Solidarität
sieht anders
aus!**





Rente in Baden-Württemberg

Jeder hat eine ausreichende Rente verdient.

Nur eine gute auskömmliche Rente reicht zum Leben, ist für alle gerecht und erkennt Lebensleistung an. **Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert:**

▶ **das Rentenniveau muss bei mindestens 50 Prozent stabilisiert werden.**

Die Talfahrt des Rentenniveaus muss auch über 2025 hinaus nachhaltig gestoppt werden, sonst erreichen immer weniger Menschen eine auskömmliche Alterssicherung. Nur so kann bei allen Menschen ein Vertrauen in ihre Rente geschaffen werden.

▶ **Erwerbsminderung darf nicht zur Armutsfalle werden.**

Die Abschläge von bis zu 10,8 Prozent sind ungerecht und müssen auch bei Bestandsrenten abgeschafft werden.

▶ **Mütterrenten vollständig anzugleichen.**

Alle Mütter müssen drei Kindererziehungsjahre für die Rente angerechnet bekommen.

▶ **versicherungsfremde Leistungen müssen vollständig aus Steuermitteln bezahlt werden.**

Die Schwächung der gesetzlichen Rente geht vor

allem zulasten der jungen Generation. Daher sind versicherungsfremde Leistungen durch alle Steuerzahler zu finanzieren. Dazu gehört beispielsweise die Mütterrente, da die Kindererziehungsleistung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

▶ **die Einführung des Vorsorgekontos unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung.**

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert die Stärkung der ersten Säule der Altersvorsorge, daneben eine obligatorische betriebliche Altersvorsorge sowie die Möglichkeit zur privaten Altersvorsorge. Das von der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg entwickelte „Vorsorgekonto“ bietet Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge, ohne die Sozialversicherung zu belasten.

▶ **eine Erwerbstätigenversicherung für alle.**

Auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige wie Steuerberater, Zahnärzte usw. müssen einbezahlen.



Behinderung in Baden-Württemberg

Förderung von Inklusion und Teilhabe.

Fast eine Million Menschen mit Schwerbehinderung leben in Baden-Württemberg. Nicht nur sie sind auf Barrierefreiheit in allen Lebenswelten angewiesen.

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert:

- ▶ **die Ausgleichsabgabe für Betriebe, Unternehmen und Behörden, die keine oder zu wenige Menschen mit Behinderung beschäftigen, muss erhöht werden.**

Eine Erhöhung auf 750 Euro wäre empfindlich und wirkungsvoll. Nur so können Arbeitgeber dazu bewegt werden, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen.

- ▶ **die schulische Inklusion für Menschen mit Behinderung schneller umzusetzen.**

So fehlt es teilweise, wie insbesondere im Schulsport, an geeigneten Hilfestellungen.

- ▶ **das Land Baden-Württemberg auf, gehörlose Menschen besser zu unterstützen.**

So sind die Kosten für Gebärdensprachdolmetscher auch außerhalb von Verwaltungsverfahren, beispielsweise bei Elternabenden, zu übernehmen.

- ▶ **den barrierefreien Wohnungsbau zu fördern.**

Noch gibt es im Wohnungsbestand ein viel zu geringes Angebot, so dass mobilitätseingeschränkte Menschen große Schwierigkeiten haben, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.



Behinderung darf nicht arm machen!

Das Bundesteilhabegesetz ist der richtige Weg, reicht allerdings noch nicht aus. Eingliederungshilfe muss einkommens- und vermögensunabhängig gewährt werden.



Armut in Baden-Württemberg

Gerechte Lebensverhältnisse für alle.

Armut ist auch in Baden-Württemberg gegenwärtig. Der Südwesten weist eine Armutsquote von 11,9 Prozent auf. Die Armut ist in Baden-Württemberg von 2017 bis 2018 um 0,2 Prozent leicht zurückgegangen. Dennoch ist die Armutsquote in unserem Bundesland im Zehnjahresvergleich, also seit 2008, um 16,7 Prozent gestiegen – bei gleichzeitig deutlich besserer wirtschaftlicher Entwicklung und einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger (*Quelle: Armutsbericht 2019 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*).

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg fordert:

► **Leih- und Zeitarbeit einzudämmen.**

Prekäre Arbeit muss eingedämmt werden. Nur gute Arbeit führt zu guten und auskömmlichen Renten.

► **nachhaltige Programme zur Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Menschen.**

Notwendig ist dafür die Schaffung eines dauerhaft öffentlich geförderten Arbeitsmarktes – insbesondere für Menschen mit Behinderung.

► **den Mindestlohn deutlich anzuheben, damit Renten erzielt werden können, die zum Leben reichen.**

Nur gutes Erwerbseinkommen kann auch zu guter Rente führen. Die Grundrente ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus.

► **den Regelsatz der Grundsicherung im Alter dem Bedarf älterer Menschen anzupassen.**

Ältere Menschen haben einen anderen Bedarf im Alter, z. B. wegen ihrer Gesundheit. Dies muss stärker berücksichtigt werden.

► **bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es müssen mehr Sozialwohnungen gebaut werden.**

Immer mehr ältere Menschen, junge Familien und einkommensschwache Haushalte werden durch weiter steigende Mietkosten finanziell überfordert.

Mitmachen:
Online-Umfrage
im Internet unter
www.vdk-bawue.de

Gemeinsam sind wir stark!

Pflege, Gesundheit, Rente, Behinderung und Armut:
Soziale Gerechtigkeit ist unser Auftrag an die Politik!

Wir möchten von Ihnen erfahren:

- ▶ Welche sozialpolitischen Forderungen bewegen Sie?
- ▶ Was möchten Sie von den Landtagskandidaten wissen?

Wir freuen uns auf Ihre Fragen!



Jetzt vormerken: Livestream am 5. März

Wir machen uns für Sie stark und stellen Ihre Fragen an die
Kandidaten: Live auf unserem YouTube-Kanal!

Impressum

Herausgeber:

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.
Johannesstraße 22
70176 Stuttgart
Telefon: 0711 619 56-0
Fax: 0711 619 56-98
baden-wuerttemberg@vdk.de



Inhaltlich Verantwortlicher für diesen Forderungskatalog
ist gemäß §5 TMG: Thomas Schärer

Konzeption und Gestaltung

faktor | Die Social Profit Agentur
www.em-faktor.de

Fotonachweis

Titelseite © iStock.com/NADOFOTOS
S. 1 © sewcream – stock.adobe.com, © unsplash.com/freestocks.org
S. 2 © unsplash.com/CDC, © iStock.com/KatarzynaBialasiewicz
S. 3 © iStock.com/MartinBarraud
S. 4 © iStock.com/marchmeena29
S. 5 © iStock.com/Hyejin Kang
S. 6 © iStock.com/SeventyFour
S. 7 © Fotolia.de/CHW

Stand: Februar 2021

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG

